Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 29 | Februar 1980 | 0,80 DM / Laden 1,00 DM

Moslemfanatiker/Maoisten verüben Mordanschlag auf Trotzkisten

Hiermit veröffentlichen wir die Presseerklärung der TLD zum Überfall von afghanischen Reaktionären und türkischen Stalinisten auf die TLD in Frankfurt. Während der KB und die SAG tatenlos zusahen, haben Genossen des Spartacusbundes sich aktiv an unserer Verteidigung beteiligt. Dieser Vorfall zeigt, wo die Klassenlinie in der Afghanistanfrage verläuft: entweder Unterstützung der islamischen Reaktion und ihrer CIA-Geldgeber oder eine klare Stellungnahme für den Sieg der Roten Armee gegen die feudalistischen Banden und für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der russischen Revolution auf Afghanistan (siehe unseren Artikel in dieser Ausgabe).

Frankfurt, 26. Januar 1980. Auf einem vom ASTA einberufenen Teach-in zu Afghanistan an der Frankfurter Universität am Freitag, dem 25. Januar, führten mehrere Dutzend Anhänger der reaktionären Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAfS), der amerikanischen maoistischen Soldatengruppe „Fight Back" und türkische Maoisten der Gruppe ATIF/ATÖF einen organisierten Angriff gegen die anwesenden Mitglieder und Sympathisanten der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD). Ein TLDler mußte lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht werden; mehrere andere trugen ebenfalls Verletzungen davon.

Der TLD waren von dem Versammlungsleiter, einem Vertreter des ASTA, fünf Minuten Redezeit zugebilligt worden. Als die TLD-Sprecherin versuchte, auf das Podium zu gelangen, rotteten sich die Schläger hinter den Anhängern der TLD zusammen, während andere den Zugang zum Podium versperrten. Mindestens vier Schläger waren auf jeden TLDler angesetzt und schlugen auf ihn ein. Einige Schläger machten Gebrauch von Messern gegen die Männer. Die Anhänger der Trotzkistischen Liga kämpften sich den Weg aus dem Raum frei; eine Reihe von ihnen erlitt dabei erhebliche Verletzungen seitens der Schläger und Messerstecher. Wegen versuchten Mordes und Körperverletzung wird Anzeige erstattet werden.

Fred Z., dreißigjähriger Radio- und Fernsehtechniker, über zehn Jahre Gewerkschaftsmitglied, wurde durch einen Messerstich in den Rücken lebensgefährlich an der Lunge verletzt. Er mußte sofort operiert werden, schwebte stundenlang in Lebensgefahr und liegt jetzt auf der Intensivstation eines Frankfurter Krankenhauses. Ein weiterer Genosse der TLD erhielt einen Messerstich in den Bauch, einer wurde bewußtlos geschlagen und erlitt eine Gehirnerschütterung, zahlreiche Prellungen und Schürfwunden. Ein anderer erhielt Faustschläge auf beide Ohren.

Die Trotzkistische Liga hat sich den fanatischen Haß von reaktionären Moslems und ihren maostalinistischen Nachbetern zugezogen, weil sie seit langem für ihre unerbittliche Opposition zum theokratischen Mullah-Regime Chomeinis bekannt ist und für die militärische Niederlage der rebellierenden feudalen Stämme in Afghanistan eintritt.

Auch der türkische Gewerkschafter Celalettin Kesim, der am 5. Januar in Berlin nach Messerstichen türkischer Moslemfanatiker verblutete, wurde ein Opfer des neuerwachten islamischen Fundamentalismus.

Die afghanischen Reaktionäre und ihre maoistischen Freunde hatten vor ihrem Überfall die Versammlung mit Sprechchören „Tod dem Trotzkismus" aufgeheizt. Schon in der vergangenen Woche hatten Mitglieder der GUAfS die TLD beim Literaturverkauf angepöbelt und den TLD-Verkäufern entgegengeschleudert: „Mit euch müßte man es so machen, wie mit den Russen in Afghanistan: zerstückeln!" Sie haben auch gedroht, die geplante öffentliche Veranstaltung der TLD am Dienstag, dem 29. Januar, zu verhindern.

Als Antwort auf den Angriff forderte ein TLD-Sprecher den Protest aller Organisationen der Arbeiterbewegung und der Linken sowie all derjenigen, die diesen wütenden und feigen Angriff verurteilen. Der Versuch einer Handvoll religiöser Reaktionäre und ihrer Komplizen müsse zurückgewiesen werden, an der Frankfurter Universität die Rechte der Linken zu knebeln und die Verhältnisse einer „islamischen Republik" einzuführen. ■

Keine Entlassungen bei AEG! Für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen!

Das folgende Flugblatt wurde von der TLD Mitte Januar vor Westberliner AEG-Betrieben verteilt:

Für den Elektro-Riesen AEG steht 1979 unter'm Strich 1 Milliarde DM Verlust und über 7 Milliarden DM Schulden bei einem Jahresumsatz von 14 Milliarden DM. Jahrzehntelange grandiose Mißwirtschaft des Managements, das — vom Ehrgeiz besessen, den großen Konkurrenten Siemens zu überrunden bankrotte Firmen aufkaufte, Fehlinvestitionen tätigte und sich immer höher verschuldete, haben den eigentlich völlig produktionsfähigen Konzern an den Rand des finanziellen Ruins getrieben. Auf Drängen der Hauptaktionäre der AEG (Dresdner, Commerz- und Deutsche Bank), die jährlich allein 350 Millionen DM Kreditzinsen kassieren, wird jetzt „saniert“. Und das heißt — neben einer Umstrukturierung des Aktienkapitals — , die Arbeiter und Angestellten der AEG sollen schlucken, was ihnen „unternehmerischer Initiativgeist“ eingebrockt hat: Nach 6 000 Entlassungen im letzten Jahr stehen 1980 weitere 13 000 Beschäftigte auf der Abschußliste, inzwischen spricht man in der IG Metall schon von 20 000. Zusätzlich existieren Stillegungs- und Entlassungspläne für AEG-Tochtergesellschaften.

„Heute wir — morgen ihr!“, diese Parole der vor zwei Jahren gegen die Schließung von AEG-Ackerstraße kämpfenden Kollegen hat sich auch in Berlin brutal bestätigt: 550 in der Schwedenstraße, 165 in der Stromrichterfabrik Brunnenstraße; auch in der Holländerstraße, in anderen Bereichen der Brunnenstraße, der Zentralwerkstatt in der Drontheimer Straße und in der Verwaltung am Hohenzollerndamm fürchten Hunderte, daß ihnen ihre Papiere ausgehändigt werden. Mit Warnstreiks und Demonstrationen in Nürnberg, Hannover und Esslingen haben die Beschäftigten bereits gezeigt, daß sie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen wollen.

Aber was macht die IG Metall? Zunächst hatte sie zu einer Demonstration am 15. Januar zur Hauptversammlung der AEG-Aktionäre aufgerufen. Diese Demonstration hätte zum Beginn eines entschiedenen Kampfes gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen werden müssen. Doch die Gewerkschaftsführung schreckte schon vor dem bescheidenen Anfang einer Mobilisierung ihrer Mitglieder zurück. Schon auf der Konferenz der Westberliner IG Metall-Funktionäre bei AEG signalisierte der 2. IGM-Ortsbevollmächtigte Horst Wagner die Bereitschaft, über das Ausmaß der Entlassungswelle mit dem AEG-Vorstand zu „diskutieren“, wenn dieser ein „schlüssiges Konzept“ vorlegt, wie man den Karren wieder aus dem Dreck zieht. Gerade im Wahljahr will die Gewerkschaftsführung Schmidt nicht die Fortführung der sozialliberalen Regierung durch Arbeitskämpfe verbauen. So versucht sie, durch Verhandlungen Kompromisse mit den Kapitalisten zu erzielen. Mit ihren Vorschlägen nach staatlichen Subventionierungen — d. h durch die Steuergelder der Arbeiter und Angestellten und nach Verstaatlichung bankrotter Betriebe versucht sie weiterhin, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen.

Auch ihr Gejammer, doch „den Standort Berlin zu schonen“, wegen seiner besonderen „Frontlage“, ist ein übles antikommunistisches Ablenkungsmanöver. Die westdeutschen AEG-Beschäftigten sollen gegen ihre Berliner Kollegen ausgespielt werden. So würde nur die Kampfkraft aller AEG-Arbeiter gegen ihren gemeinsamen Feind untergraben.

Aber die Solidarität der Arbeiter gegen die Herrschaft der Bosse verlangt die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat, nicht Unterordnung und Mitbestimmung. Die Trotzkistische Liga Deutschlands kämpft gegen die Politik der Klassenversöhnung der traditionellen Arbeiterführer für die Schaffung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung und einer revolutionären Klassenvorhut.
In der Gewerkschaft muß für die folgenden Losungen mobilisiert werden:

– Bestreikt AEG!

AEG ist ein produktionsfähiger Konzern. Die Konzentrationspläne des Kapitals dürfen nicht auf dem Rücken der AEG-Arbeiter ausgetragen werden. Deshalb muß die weitere Perspektive des Kampfes sein:

– Besetzt die von Stillegung betroffenen Betriebe!

Siemens ist der unmittelbare Konkurrent von AEG und der Nutznießer der Krise dieses Konzerns. Doch nicht die Siemens-Arbeiter. Für sie gehören Überstundenschuftereien und Entlassungen ebenso zum Alltag. Auch bei Siemens tragen die großen Aktionäre die Dividenden und Zinsen nach Hause, und die Arbeiter tragen die Folgen. Während eines Streiks bei AEG müssen die Siemens-Arbeiter dafür sorgen, daß sie nicht Aufträge für die bestreikten Betriebe ausführen.

— Keine Überstunden bei Siemens!
— Für Solidaritätsstreiks mit den AEG-Kollegen!

Die kapitalistische Mißwirtschaft funktioniert nach dem Profitinteresse der Unternehmer. Eine sozialistische Planwirtschaft würde imstande sein, allen Arbeitern ihren Arbeitsplatz zu garantieren.

Unter dieser Perspektive müssen wir kämpfen:

— Für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit — Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände und volle Angleichung der Löhne an die Inflation!

— 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn!

— Für die entschädigungslose Enteignung der Elektrokonzerne AEG und Siemens!

Die Großbanken sind die Manipulateure der AEG-Krise. Der „Sanierungsplan“ auf Kosten der Arbeiter erfolgt nach ihrer Weisung. Deshalb:

— Entschädigungslose Enteignung der Großbanken, an erster Stelle Dresdner, Commerz- und Deutsche Bank!

— Für eine Arbeiterregierung, 4ie eine geplante Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Massen errichtet!

Westberlin, den 10. Januar 1980

Kontaktadressen der TLD

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1 Postfach 11 06 47,1000 Berlin 11

Keine Stimme der SPD!
Keine Stimme den kleinbürgerlichen Grünen!

Nein zum Schmidt/Genscher-Übel!

Seit fast elf Jahren regiert die sozialliberale Koalition. Seit mehr als einem Dutzend Jahren ist die SPD Regierungspartei. Erwartungen in Reformen seitens der SPD/FDP-Regierung sind längst verblaßt. Sprüche wie „mehr Demokratie wagen" gehören der Vergangenheit an. Das Phänomen der Grünen deutet auf die angeschlagene Integrationsfähigkeit der SPD außerhalb ihrer traditionellen Basis in der industriellen Arbeiterschaft hin und auch dort findet sich alles andere als Begeisterung.

Nicht von ungefähr. Aus den Reformversprechungen in Sachen Paragraph 218 ist eine schäbige Indikationslösung geworden, deren Durchführung viele von Pfaffen inspirierte Ärzte verweigern. Die „Mitbestimmung", konzipiert zur Bindung der westdeutschen Arbeiterklasse an „ihre" Aufsichtsräte, gewährt nicht einmal *formale* Parität zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Die Steuerpolitik der Koalition resultiert in Milliardensubventionen an die Industrie und in einer hohen Lohn-, Einkommens- und Mehrwertsteuerbelastung der Werktätigen, die den Löwenanteil der gesamten Steuereinnahmen aufzubringen haben. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Ehrenberg hat sich ein griffiges gesetzliches Instrumentarium verschafft, um allen Arbeitslosen die Gelder zu streichen, die nicht zur Annahme eines x-beliebigen Jobs ungeachtet ihrer Qualifikation an einem x-beliebigen Ort bereit sind. Auch die Rentner haben Nackenschläge einstecken müssen.

Bilanz sozialdemokratischer Regierungspolitik: Lohnraub, Berufsverbote, Stammheim

Schmidt und seine Kanzlerpartei präsentieren sich im Wahljahr unter dem Motto „Sicherheit für die achtziger Jahre". Im Bereich der inneren Sicherheit" hat die SPD in der Tat ganze Arbeit geleistet. Es war die Sozialdemokratie, die den „Radikalenerlaß" initierte. Nachdem die SPD auch bei den Notstandsgesetzen „dabei" war, waren es Schmidt und Brandt, die mit der paramilitärischen Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes, den Paragraphen 88a und 130a, der Isolationshaft und dem Kontaktsperregesetz dem bürgerlichen Staat ein umfassendes Arsenal gegen Terroristen, „mutmaßliche" und wirkliche, gegen die Linke und Arbeiterbewegung — verschafften und dies auch anwandten. Fazit: würdige Nachfolger von Ebert und Noske.

Und für die Zukunft kann die Arbeiterklasse nur mehr von dergleichen Sorte erwarten. Schon jetzt beträgt *die offizielle* Inflationsrate ca. 6 Prozent, über 850 000 Arbeitslose sitzen auf der Straße. Gewiß kein Vergleich zum dahinsiechenden „Groß"-britannien, dem Armenhaus des kapitalistischen Europas, aber vom „Wirtschaftswunder" spricht keiner mehr. Selbst Schmidt sieht sich gezwungen, eine „gewisse Verhärtung im sozialen Klima" Westdeutschlands festzustellen; tatsächlich waren die militanten Streiks 1977/1978/1979 Drucker-, Hafenarbeiter-, Metaller- und Stahlstreiks Anzeichen eines neuerwachenden Widerstands der Arbeiter. Massenentlassungen sind im Gange oder stehen bevor. Der AEG-Konzern, der die Arbeiter für *sein* kapitalistisches Mißmanagement verantwortlich machen will und die Entlassung von etwa zehn Prozent der Belegschaft, über 13 000 Beschäftigten, plant, ist nur das gegenwärtig prominenteste Beispiel. Angesichts von Lohnraub und Massenentlassungen, euphemistisch als .Ausdünnung der Lohnlisten" umschrieben, konstatiert Schmidt zynisch, daß es den „Gewerkschaften vielleicht etwas zu gut gegangen ist in den letzten fünf, sechs Jahren".

Außenpolitik: Das deutsche Kapital zeigt seine Muskeln

„Staatsmann" Schmidt brüstet sich gerne über „das gesteigerte Ansehen der Bundesrepublik" in der Welt. Tatsächlich hat die Bundesregierung sich gerade in der Zeit der Koalition als regionale imperialistische Macht erheblich profiliert. Wie *Der Spiegel* schreibt:

> „Die Bundesrepublik hat inzwischen ökonomisch und politisch so viel Gewicht gewonnen, daß sie nur noch mit Mühe ihre dominierende Stellung in der westeuropäischen Gemeinschaft herunterspielen kann. Sie ist, ob sie es will oder nicht, zu einem eigenständigen Faktor in der Weltpolitik geworden, dem sowohl die Verbündeten wie die Länder des Ostblocks zutrauen, nationale Interessen mit weniger Rücksicht als bisher durchzusetzen" (Nr. 11, 12. März 1979).

Wenn Westdeutschland anfängt, Interessen mit „weniger Rücksicht" durchzupeitschen, paß auf Welt! Diese Aufwertung" der Bundesrepublik mag der Bourgeoisie Freude bereiten — es birgt nichts Gutes für das Proletariat.

Die BRD agiert zunehmend als „Juniorpartner" im imperialistischen Weltsystem, anstatt als unmündiger Neffe von „Onkel Sam". Die „Solidarität" der Bundesregierung mit Carter anläßlich der Teheraner Botschaftsbesetzung z. B. beschränkt sich auf diplomatische Lippenbekenntnisse — für einen Wirtschaftsboykott sind die westdeutschen Kapitalisten ebensowenig wie die Japaner zu haben. Während der Einmarsch von Divisionen der Roten Armee in Afghanistan Carter dazu fuhrt, vom Stop der amerikanischen Getreide-

Fortgesetzt auf Seite 6

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz
Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISA: Mit der SPD gen Osten!

„Die Bevölkerung von ganz Berlin, die Menschen in Ost und West erwarten, daß der SPD-Parteitag handelt ; Freiheit für alle politischen Gefangenen in der DDR sofort und bedingungslos!“ hieß es am 1. und 2. Dezember 1979 im Berliner Haus am Lützowplatz.

Aber diesmal waren es weder die Sprecher eines Vertriebenenverbandes oder Radio Liberty's, noch ein wiederauferstandener Kurt Schuhmacher oder altgewordener Neulinker der pro-NATO-KPD, die hier am Vorabend des SPD-Parteitages Druck auf die Sozialdemokratie ausüben wollten. Vielmehr hatte die vorgeblich trotzkistische Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) und deren Frontgruppe „Komitee für die freie politische und gewerkschaftliche Organisierung in ganz Deutschland“ zum demokratischen Kreuzzug gegen die DDR aufgerufen. Die anwesenden Streiter setzten sich zusammen aus Jungsozialisten, dem ehemaligen TU-Präsidenten Berger, einem britischen Labour-Abgeordneten, einem Vertreter der tschechischen Oppositionszeitung *Listy,* sowie den Mitgliedern der ISA. Gemeinsam beriet man sich zwei Tage lang, wie sich die „Linke“ in den Dienst der imperialistischen Menschenrechtskampagne gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten stellen und freie gewerkschaftliche und politische Organisierung in der DDR erreichen kann — gemeint ist der ungestörte Aufbau sozialdemokratischer Organisationen.

Wer ist diese Organisation ISA, die den Schlachtruf „Sofortige Wiedervereinigung Deutschlands — bedingungslos“ als „demokratische Forderung“ auf ihr Panier geschrieben hat? Die ISA, ehemalige Gruppe Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK), ist im „Organisationskomitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale“ (OK) mit der französischen verhärtet reformistischen Organisation Communiste Internationaliste (OCI) Pierre Lamberts verbunden. Jahrzehntelang war die IAK in tiefstem Entrismus in der SPD vergraben. Jetzt ist sie aus zwei Gründen dazu gezwungen, in neuem Gewand mehr ans Licht der Öffentlichkeit oder besser ins Halbdunkel zu treten, ohne ihre entristische Politik in der SPD gänzlich aufzugeben. Auf der einen Seite muß sie sichtbarer auftreten, wenn sie aus der Spaltung des Vereinigten Sekretariats profitieren will. Auf der anderen Seite sind ihre stalinophoben Pamphlete ohne ihr Namenszeichen allzu leicht mit maoistischen Machwerken gegen den „Sowjetimperialismus“ verwechselbar.

Anstatt die bürgerliche Demokratie mit der Diktatur der Bourgeoisie gleichzusetzen, ging die ISA auf ihrer Deutschlandveranstaltung von einem klassenlosen Demokratiebegriff aus, als sie „die Demokratie“ zur Schlüsselfrage in den deformierten Arbeiterstaaten erklärte und dem Stalinismus nicht die revolutionäre Sowjetdemokratie entgegensetzte, sondern den „demokratischen Sozialismus“. Es müsse für „unabhängige gewerkschaftliche und politische Organisationen in ganz Berlin—in ganz Deutschland“ gekämpft werden. Dies wird folgendermaßen konkretisiert: „SPD und DGB sind die politischen und gewerkschaftlichen Organe des gesamten deutschen Proletariats“, während die DDR als künstliches Gebilde der Sowjetbürokratie., die Staatspartei SED als deren organisatorischer Wurmfortsatz, angesehen wird. Anstatt, wie man ihrem Anspruch, trotzkistisch zu sein, entnehmen könnte, die sozialen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates DDR bedingungslos gegenüber imperialistischer Aggression zu verteidigen, reiht sich die ISA in den von Jimmy Carter angeführten Chor ein und appellierte an den SPD-Par teitag, Initiativen zu ergreifen, um die Menschenrechte in den Ostblockstaaten zu verwirklichen. Die Forderungen der ISA zur Deutschlandpolitik würden einem Antikommunisten ä la Kurt Schuhmacher voll zur Ehre gereichen: „Freie Wahlen in ganz Deutschland!“, „Weg mit Mauer und Grenze in Deutschland und Berlin“, .Austritt aus NATO und Warschauer Pakt, aus EG und COMECON“.

Gegen diese Aufrufe zur „demokratischen“ Konterrevolution stellten Genossen der TLD in zwei Redebeiträgen die Politik des revolutionären Trotzkismus: Das von der ISA vielmißbrauchte Wort „bedingungslos“ revolutionär anzuwenden, heißt für die *bedingungslose* militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus einzutreten. Die SPD steht auf der Seite des Imperialismus gegen die Errungenschaften des Oktober. Die SPD als eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse soll dazu benutzt werden, die Arbeiter an den Kapitalismus zu binden. Es bedeutet Illusionen in die bürgerliche parlamentarische Demokratie zu schüren, wenn man wie die ISA für eine „SPD-Alleinregierung ohne Minister der Bourgeoisie“ aufruft. Wir Trotzkisten kämpfen für den Aufbau der trotzkistischen Partei im Westen und im Osten gegen Sozialdemokratie und Stalinismus; für die soziale Revolution im Westen und die politische Revolution im Osten zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Wir kämpfen für die *revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands* als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Wir Trotzkisten können die Parole nach der sofortigen bedingungslosen Freilassung aller politischen Gefangenen nicht unterstützen. Im Gegensatz zu ISA und GIM haben wir nicht die Forderung nach „Freiheit für Nico Hübner“ erhoben. Nico Hübners Versuch, im Block mit Junger Union und Wiking Jugend eine Veranstaltung der SEW-Hochschulgruppe an der Freien Universität zu sprengen, oder sein Vortrag als Stargast des „antikommunistischen Tages“ an einer Steglitzer Berufsschule haben uns recht gegeben. Der Bau der Berliner Mauer war der bürokratisch deformierte Ausdruck der Notwendigkeit, die DDR gegen den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte zu schützen. Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands wird die Mauer überflüssig machen. Wenn die ISA *heute* die Mauer

Erster KB-Kongreß:

Nichts gewonnen, bald zerronnen

Der über ein Jahr lang angekündigte Erste Kongreß des Kommunistischen Bundes hat schließlich Anfang Januar in Hamburg stattgefunden. Anläßlich der KB-Delegiertenkonferenz zur Vorbereitung des Kongresses Pfingsten 1979 schrieben wir in einer Flugschrift, das Ziel des Kongresses sei „ ... der Versuch, den stark föderativen Tendenzen im KB Einhalt zu gebieten"(„Identitätskrise im KB", 24. Mai 1979).

Was ist nun das Ergebnis? Das Leitende Gremium (LG) wurde *erstmals* gewählt (bzw. die alten Mitglieder bestätigt und das LG erweitert), „provisorisch" Statuten verabschiedet und der zweite Kongress für nächstes Jahr festgelegt. *Alle grundlegenden und daher Sprengstoff enthaltenden politischen Fragen wurden sorgfältig gemieden.* Beim Tagesordnungspunkt „RGW" wurden die gegensätzlichen Positionen über den Charakter der „RGW-Staaten" berichtet, aber nicht diskutiert; im Ernstfall werden KB-Mitglieder in der Frage, ob Kommunisten die Sowjetunion gegen den Imperialismus verteidigen, auf verschiedenen Seiten der Barrikade stehen!

Es gab ebenfalls keine nennenswerte Diskussion über den Rechenschaftsbericht der AG Frauen, in dem gegen den herrschenden männlichen Chauvinismus im KB der Ausbau der feministischen Gegenmacht propagiert wurde („Frauen gemeinsam sind stark"). Diese Politik des selbstgewählten Frauenghettos kann nicht dazu führen, Frauen und Männer gleichermaßen zu kommunistischen Kadern zu entwickeln. Die Unterdrückung der Frauen im KB kam auch darin zum Ausdruck, daß die als wichtig erachteten politischen Beiträge fast ausschließlich von Männern gehalten wurden.

„Betrieb/Gewerkschaften" stand gar nicht erst zur Debatte; der KB hat im Laufe seiner Hinwendung zu den Bunten/Alternativen seinen — in Hamburg relativ starken — Einfluß in den Gewerkschaften größtenteils eingebüßt.

Der wichtigste Gegenstand politischer Auseinandersetzung war die Politik zu den nächsten Wahlen. Der KB versuchte, seine Unterstützung für die Bunten/Alternativen als leninistisch zu verkaufen, im Gegensatz zu einer Unterstützung für die Grünen, wie sie u. a. von der kürzlich aus dem KB ausgeschlossenen Zentrumsfraktion, der KPD und den Komitees für Demokratie und Sozialismus propagiert wurde (nebenbei bemerkt, es ist nicht besonders schwierig, sich „links" zu gebärden neben KPD und KDS, die den Leninismus offen über Bord werfen, oder sich von der ehemaligen Zentrumsfraktion abzugrenzen, die die Arbeit unter den Grünen auf die gleiche Stufe stellt wie die Arbeit in den Gewerkschaften). Eine Genossin der TLD führte aus: „Bei den Wahlen in diesem Jahr ist es unmöglich, irgendeiner Partei eine kritische Wahlunterstützung zu geben ... Was die Grünen und die Bunten betrifft: es gibt keinen qualitativen Unterschied zwischen ihnen, es sind kleinbürgerliche Strömungen, deren Programm vollständig im Rahmen des Kapitalismus bleibt".

Der KB-Kongreß hat nichts entschieden. Die weitverbreitete Hochstimmung über den „erfolgreichen" Kongreß wird gerade so lange dauern, bis über die „praktische" Politik alle schlecht versteckten Widersprüche wieder zum Vorschein kommen.

Im folgenden veröffentlichen wir die Grußadresse von Fred Petersen, Mitglied des ZK der TLD, an den KB- Kongreß:

Genossinnen und Genossen!

Wir freuen uns, als Gäste an Eurem Kongreß teilnehmen zu dürfen. Kommunisten in einem imperialistischen Land wie Westdeutschland haben die Aufgabe, klarzumachen, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den mächtigsten, den amerikanischen Imperialismus, heißt, unzweideutig in allen Auseinandersetzungen für die Zerschlagung der NATO, angesichts der wachsenden Gefahr eines dritten Weltkrieges für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie einzutreten. Leider hat die rücksichtslose brutale Besetzung Ostdeutschlands die Rote Armee in Deutschland verhaßt gemacht und die Chance ist vertan worden, daß sie vom deutschen Proletariat als Befreier vom Faschismus angesehen wird. Wir sagen aber, ein imperialistischer Angriff auf die Berliner Mauer ist ein Anschlag auf das Weltproletariat, der zurückgeschlagen werden muß. Der Klassenkampf in der Welt stellt sich fundamental gleich dar wie zu Zeiten Lenins und Trotzkis. Die russische Oktoberrevolution ist unser Vorbild. Seit der Oktoberrevolution hat es Revolutionen gegeben: in China, Kuba und Indochina. Diese Revolutionen waren bürokratisch deformiert — von Anfang an — wegen der Degeneration der Sowjetunion unter Stalin. Die internationale Spartacist Tendenz ist wie Marx der Auffassung, daß die einzige revolutionäre Klasse das industrielle Proletariat ist. Und daß Menschen und Bewegungen nur insoweit progressiv sind, als sie gemeinsame Sache mit dem Proletariat machen. Der KB beginnt, die TLD als wirkliche Trotzkisten zu erkennen und zu hassen. Gehaßt werden wir vor allem von den KZlern, die am tiefsten im Sponti-Sumpf versackt sind. Die Strömung von Karl Kautsky ist nicht mit ihm gestorben, sie ist lebendig in Mandels verrottetem Vereinigten Sekretariat, dessen deutsche Gruppe, die GIM, aufgrund endloser interner Kämpfe und Spaltungen handlungsunfähig ist, wobei die internationale Spaltung in der GIM noch nicht stattgefunden hat. Mandels Versuch, die Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie auszusöhnen, hat zu tragischen Ergebnissen wie in Chile und Portugal geführt, zu grotesken wie in Iran. Das Programm der iST ist getestet im politischen Kampf. Ich will hier einige Beispiele nennen: in Iran, wo wir von Anfang an gegen den Schah und die Mullahs, für die proletarische Revolution eingetreten sind. In Frankreich, wo wir gegen die Klassenzusammenarbeit, gegen die Volksfront, verkörpert durch die Union de la Gauche, aufgetreten sind. In Deutschland, wo wir gegen Wahlunterstützung der Genscher/Schmidt-Regierung auftreten, die für Stammheim, die Berufsverbote und das politische Streikverbot verantwortlich sind. Wo wir gegen die Unterstützung grün/bunter Klassenversöhnung sind, wie sie von beiden Teilen des ehemaligen KB propagiert wird. Genossen, wir sehen keinen prinzipiellen Unterschied zwischen grün und bunt! Wir treten ein für die proletarische Mobilisierung gegen die Faschisten und gegen Betteleien an den bürgerlichen Staat. Wir sind für die Verteidigung der RAF aufgetreten. In den USA organisierte unsere amerikanische Sektion die Mobilisierung von schwarzen Arbeitern gegen den Ku Klux Klan. Die internationale Spartacist Tendenz kämpft international für proletarische Klassenunabhängigkeit, für die proletarische Machteroberung, geführt von der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale in der Tradition der kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki. ■

Keine Stimme . . .

Fortsetzung von Seite 3
lieferungen an die UdSSR bis zum möglichen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau (und mehr) Sanktionen gegen die Sowjetunion zu verhängen, rang sich Schmidt in seiner Neujahrsrede nur die müde Bemerkung ab, daß „wir unsere Beunruhigung über das Vorgehen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Afrika und Asien nicht verschweigen" könnten , {*Frankfurter Rundschau,* 2. Januar). Mittlerweile jedoch sieht sich auch die Bundesregierung dazu veranlaßt, eine Erhöhung des Militärbudgets in Erwägung zu ziehen und ihrem NATO-Verbündeten USA durch finanzielle Unterstützungsleistungen an die Türkei und an Pakistan unter die Arme zu greifen.

Alle halbe Jahre flammen in BRD und NATO erregte Debatten über Fahrpläne" und „Wehnerpläne" auf. Aber die SPD ist nicht dabei, die „Finnlandisierung" Westdeutschlands zu betreiben. Worum es der Koalition geht, ist die ökonomische Durchdringung Osteuropas durch westdeutsches Kapital. Da waren die „Ostverträge" ein erster Schritt, Schmidts und Wehners Vorliebe für Entspannungspolitik beruht darauf. Und Wehners Vorschlag von einer „Konföderation oder Wirtschaftsgemeinschaft" zwischen Ost- und Westdeutschland zielt letztendlich auf die Wiederherstellung des Kapitalismus — möglichst unter sozialdemokratischer Schirmherrschaft — in der DDR ab. Die Zustimmung der SPD/FDP-Regierung zur Nachrüstung zeigt aber auch, daß Schmidt versteht, mit welchen Mitteln neue Grenzen Zustandekommen.

SPD-Linke auf dem Abstellgleis

Repression, Austerität, Nachrüstung: das ist die Bilanz der Koalition. Nirgendwo hat ein Jahrzehnt sozialliberaler Regierungspolitik tiefere Resignation hinter sich gelassen als bei den Jusos. Juso-Führer, die sich einst als „die SPD der achtziger Jahre" wähnten, sind entweder willfährige kleine Bürokraten geworden oder wie Kirschkerne ausgespuckt worden. So klagte Juso-Vorsitzender Schröder, auf ein Parteitags-Bonmot in Berlin anspielend: „Ich komme mir vor wie in einem Käfig. Wenn ich artig an den Stäben rüttele, kriege ich eine Banane, wenn ich unartig rüttele, schickt mich der Kanzler zum Stelzvögelpflegen auf die Hallig." Nun, der Käfig ist selbstgewählt, und artiger als Schröder geht's kaum.

Wie es um die „Linke „ in der SPD bestellt ist, zeigte deutlich der Berliner Parteitag. Hatten prominente Jusos noch vorher auf ein Ende der „Ära Stillgestanden" gehofft, so setzte sich die SPD-Führung ohne viel Aufsehen durch, Kritiker wurden rüde abgekanzelt. Wenn es darauf ankommt, kann Schmidt sicher sein, daß seine „Linken" strammstehen. Schröder lamentiert lediglich, daß der Kanzler vergesse, „bereits heute die Bedingungen zu setzen, die morgen noch Wählerstimmen sichern werden".

Die vorübergehende prominente Rolle der Jusos war ein Abfallprodukt der Studenten- und Antivietnamkriegsbewegung. Die Jusos ermöglichten objektiv die Integration einer Generation von linken Jungakademikern. Aber sie haben nicht

SPD und revolutionäre Politik

Ein trotzkistisches, von der GIM-Führung bürokratisch unterdrücktes Dokument, verfaßt am 3. September 1978 von Siggi (Bochum). Für DM 2,-über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

die SPD nach eigenem (kleinbürgerlich-reformistischem) Bildnis mit ihren „Langzeitprogrammen" ummodeln können, sondern sind in der Parteihierarchie eingegliedert worden, unpolitisch — oder „grün" geworden. Daß die SPD nicht mehr anziehend wirkt auf die „lost generation", um die sich Brandt und der Westberliner Senator Glotz so große Sorgen machen, braucht nicht zu wundern. Die Tendenz jedoch, in den „Grünen" eine Alternative zu sehen, zeugt von Verzweiflung an der Möglichkeit, die Welt real zu ändern: „Wenn man sowieso nicht den Sozialismus haben kann, sollen sie bloß nicht eine Autobahn (geschweige denn ein AKW) neben meiner Wohnung bauen".

Die Mehrheit der westdeutschen Linken findet jedoch spätestens am Wahltag dorthin zurück, wo sie ihre angestammte politische Heimat hat: in den Schoß der Sozialdemokratie. So deutet das ebenfalls vom grünen Fieber ergriffene „Sozialistische Büro" in einer Erklärung seines Delegiertenrats an, wo's langgeht:

> „Diese notwendige Unterstützung der basisdemokratischen und sozialistischen Fraktionen bei ‚Grünen', ‚Bun-



Metaller im Kampf gegen Lohnraub und Massenentlassungen. Auf dem Bild: Warnstreik in Dortmund, 1978



SPD/FDP an der Macht: Stammheim, Berufsverbote, Massenentlassungen, NATO-Aufrüstung

ten' oder ‚Alternativen' impliziert für den Delegiertenrat keine Festlegung in der Wahlfrage. Der von einer drohenden Regierung Strauß zu erwartende autoritätsstaatliche Einbruch, der auch die im vergangenen Jahrzehnt erkämpften Freiräume für linke außerparlamentarische Politik einschnüren würde, spricht gegen eine Stellungnahme des SB zur Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt" (*links*, Januar 1980).

Das ist die Lieblingsbeschäftigung der linken Berufsopportunisten: die Gefahr eines quasi „faschistischen" dämonenhaften Strauß an der Macht an die Wand zu malen, um dann mit um so geringeren Gewissensbissen das traditionelle „kleinere Übel" SPD unterstützen zu können, um diese danach — wie schon so glorreich ein Jahrzehnt geschehen — „zu partiellen Konzessionen zu veranlassen" (Einheitsapostel Volkhard Brandes in der gleichen Ausgabe von *links*).

Man wird dieses Gequatsche langsam leid. Wer ist die Partei von Stammheim, die Partei des „Todesschusses"? Die SPD hat während der Warnstreiks der GEW gezeigt, daß sie ebenso eine *Streikbrecherpartei* ist wie die CDU/CSU. Es war die Sozialdemokratie, die in den letzten Jahren ein gutes Stück des Programms von Strauß durchgesetzt hat. Strauß ist ein parlamentarischer Demagoge des rechten Flügels, aber sein Programm ist nicht *qualitativ* reaktionärer als die Regierungspolitik der Koalition. Und die SPD führt ihre arbeiterfeindliche Politik in Partnerschaft mit der Gewerkschaftsbürokratie durch, wozu eine Regierung Strauß nicht imstande wäre.

Keine Stimme für die Sozialdemokratie!

Als eine der linken Flankendeckungen der Sozialdemokratie profiliert sich die revisionistische GIM. So stellte sie Gegner einer SPD-Wahlunterstützung in ihrer eigenen

ISA ...

Fortsetzung von Seite 4

einreißen will, wird sie nicht nur Maoisten neben sich finden, sondern ebenso Christdemokraten und Faschisten fleißig am Werke sehen.

Die Antworten auf unsere Beiträge sowie der gesamte Charakter der Veranstaltung waren dermaßen antikommunistisch, daß die TLD schließlich unter dem Ruf „Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale" den Kreis dieser Kautsky-Jünger, die objektiv rechts von Brandt und Bahr stehen, verließ.

Genossen der GIM, die heute Sympathien für Morenos Bolschewistische Fraktion hegen, müssen sich mit der deutschen Sektion von Morenos internationalem Blockpartner auseinandersetzen. Wird ihr Weg in den sozialdemokratischen Sumpf einer ISA führen? Im nationalen Rahmen weigerte sich die ISA, die Gefangenen der RAF zu verteidigen. Sie bezeichnete die GEW-Berlin als außerhalb der Arbeiterbewegung stehend. Im internationalen Rahmen standen die Lambertisten 1975 auf der Seite der vom CIA gesteuerten Attacken der portugiesischen Sozialdemokratie auf die KP und forderten in dem Moment, wo die KP-Büros in Flammen standen, die SP-Alleinregierung; in Angola weigerten sie sich, die MPLA gegen die Angriffe des US-Imperialismus und Südafrikas militärisch zu verteidigen, und in Nicaragua sehen sie die Hauptgefahr im wachsenden Einfluß Kubas und rechtfertigen die verräterische Rolle Fausto Amadors, eines ehemaligen FSLN-Mitgliedes und späteren Kulturattaches Somozas.

Die Vierte Internationale wird im scharfen politischen Kampf mit solchen Sozialdemokraten, die den Namen Trotzkis für die Zwecke Kautskys benutzen, neu geschmiedet werden müssen!

Westberlin: Tausende demonstrieren gegen Mord an Celalettin Kesim

Westberlin, den 12. Januar. *Über 11 OOO demonstrierten gegen den Mord an Celalettin Kesim, Mitglied des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins und IGM-Vertrauensmann. Die TLD beteiligte sich mit etwa 20 Genossen an der Demonstration und propagierte gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen gegen Faschisten und islamische Reaktionäre.*

Das folgende Flugblatt wurde von der TLD auf der Demonstration verteilt:

Für gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen! Zerschlagt MSP und Graue Wölfe!

Am 5.1. wurde Celalettin Kesim, Angehöriger des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins (TDA), kaltblütig ermordet.



Der blutige Terror der rabiat antikommunistischen Heiligen-Kriegs-Kämpfer, den Verschworenen Ajatollah Chomeinis und den faschistischen Grauen Wölfen wurde begleitet von „Tod dem Kommunismus“-Demonstrationen gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Angespornt durch Chomeini, vor dem die gesamte Linke außer der internationalen Spartacist Tendenz auf die Knie gesunken ist, hebt das reaktionäre Pack den Kopf und beweist durch seine blutigen Kriegserklärungen an den „gottlosen Kommunismus“ erneut, daß der Kampf gegen die reaktionären Mörderbanden und den Faschismus eine Frage auf Leben und Tod ist.

Aber, wie der KB und TDA, vom Staat des Klassenfeinds zu fordern, die Faschisten — paramilitärische Banden des Kapitals — zu zerschlagen, ist illusionär und gefährlich. Das Geheul der bürgerlichen Presse über türkische „Extremisten“, die ihr „Gastrecht mißbrauchen“, die Ankündigung des Innensenators: Abschiebung von Ausländern, die sich schützen wollen — außer den Rechten, die ungestört ihrem Handwerk nachgehen können —, verstärkter Einsatz von Polizei in „türkischen Stadtvierteln“, demonstrieren die gefährliche Dummheit dieser Forderung. Verbote werden von der Bourgeoisie *immer* gegen die Linke und Arbeiterbewegung benutzt. Hilferufe an den bürgerlichen Staat sind die Flankendeckung für die Durchsetzung seines Gewaltmonopols, die wehrlose Auslieferung der Linken und der Arbeiterbewegung an den reaktionären Mob und die chauvinistischen Angriffe der Bourgeoisie auf ausländische Arbeiter. Nieder mit der Ausländerhetze! Keine Abschiebung von aus ländischen Arbeitern!

Organisation, über die formell erst auf einer nationalen Konferenz Anfang Februar entschieden werden soll, praktisch vor vollendete Tatsachen. Auf dem Ersten Kongreß des KB in Hamburg verteilte sie einen „Diskussionsbeitrag der GIM“, in dem sie ihre Wahlunterstützung für Schmidt/Genscher öffentlich kundtat.

Die SPD wird uns darin als „große Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt“ präsentiert, die ‚jedoch kein Programm zur Lösung der Menschheitskrise“ hat. Hört, hört! In der Tat dürfen Revolutionäre die SPD zu keinem Zeitpunkt rechts liegenlassen. Die SPD ist die traditionelle Partei der deutschen Arbeiterklasse — und nach 1945 die *einzige* westdeutsche Arbeitermassenpartei. Ohne eine korrekte Einschätzung der SPD und Taktik ihr gegenüber kann es keine erfolgreiche Strategie für die proletarische Revolution in Deutschland geben. Aber die Sozialdemokratie „stützt“ sich nicht bloß auf die Arbeiterklasse, und sie hat durchaus ein Programm — ein konterrevolutionäres zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung um jeden Preis. Sie ist eine bürgerliche Agentur in der Arbeiterklasse (wie die Gewerkschaftsspitze auch), eine *bürgerliche Arbeiterpartei',* eine zugleich bürgerliche wie proletarische Formation, die vor allem durch ihre organische, historische Beziehung zu den Gewerkschaften definiert ist. Nur das relativ niedrige Niveau der Klassenkämpfe im Nachkriegsdeutschland hemmt diese Erkenntnis. In Britannien beispielsweise liegt die Zugehörigkeit der — qualitativ ähnlichen Labour Partei zur Arbeiterbewegung auf der Hand. Und als *interne* Barriere zur Revolutionierung der Arbeiterklasse muß die Sozialdemokratie politisch *zerstört* werden.

Ziel von Revolutionären ist es, die SPD in ihre proletarischen und bürgerlichen Bestandteile zu spalten, um den Rumpf in eine rein externe Barriere für die proletarische Revolution zu verwandeln. Dies wäre ein Vorgang von gewaltigen Dimensionen — wie die Ereignisse, die zur Entstehung einer kommunistischen Massenpartei in Deutschland geführt haben. Und auf diesem Weg müssen Kommunisten ein breites Spektrum von taktischen Mitteln benutzen: Einheitsfront, kritische Wahlunterstützung, selbst Entrismus, wenn eine starke innere Polarisierung einer solchen Partei günstige Bedingungen bietet.

Celalettin Kesim war IGM-Vertrauensmann. Sein Tod zeigt das Hauptziel der faschistischen Grauen Wölfe und der islamischen reaktionären Verbündeten Chomeinis auf: die physische Vernichtung von Gewerkschaftsmilitanten und die Zerschlagung der organisierten Macht der Arbeiterklasse. Trotzki hat wiederholt in den frühen dreißiger Jahren dafür gekämpft, daß die Arbeiterklasse ihre organisierte Kraft einsetzt, um die faschistische Brut schon im Keim zu ersticken.

Aber weder SPD noch KPD haben 1933 etwas getan, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern. Heute weigert sich die sozialdemokratisch kontrollierte IGM ebenso, eine effektive Verteidigung ihrer eigenen Mitglieder zu organisieren. Sie beschränkt sich darauf, den bürgerlichen Staat zum Verbot aller „Extremisten“ aufzurufen, Trauerreden zu halten und Todesanzeigen zu veröffentlichen.

Die Organisierung von Selbstverteidigungsgruppen gegen Angriffe der Faschisten ist die einzige wirksame Waffe der Gewerkschaften. Für bewaffnete Arbeitermilizen zur Zerschlagung des faschistischen Packs!

Die Perspektive der TLD ist es, im DGB für gewerkschaftlich organisierte Verteidigungsgruppen gegen die Faschisten zu kämpfen, so wie es die Trotzkisten in den dreißiger Jahren getan haben. Wo es die Kräfteverhältnisse erlauben, werden Trotzkisten die Führung im Kampf gegen die Faschisten übernehmen. Jüngstes Beispiel dafür ist die von der Spartacist League/U.S. getragene Demonstration gegen den Ku-Klux-Klan in Detroit. Doch können sich kleine linke Organisationen nicht einfach anstelle der Massenorganisationen der Arbeiterklasse setzen: Augenblicklich in Berlin für ein Schutzbündnis von einigen Dutzend Linken gegen die Grauen Wölfe und die islamischen Reaktionäre aufzurufen, wie es Spartacusbund und GIM tun, könnte in einem tragischen Abenteuer enden.



Frankfurt, den 8. Dezember 1979: Etwa 1 000 bis 1 500 türkische und deutsche Linke demonstrierten gegen die türkischen faschistischen Grauen Wölfe. Die Demonstration war die Antwort auf einen brutalen Messerstecherüberfall auf vier Türken, die sich weigerten, Flugblätter der „Turk-Föderation“, einer Frontgruppe der Grauen Wölfe, anzunehmen. Der Block von über 20 TLD-Anhängern, einziges organisiertes Kontingent einer westdeutschen Organisation, richtete sich gegen die von fast allen Linken verfolgte reformistische Perspektive, die Grauen Wölfe zu verbieten. Trotz der bornierten Stoßrichtung der Demonstration kam der militante Wille vieler türkischer Teilnehmer zum Ausdruck, als sie die Forderungen der TLD nach unabhängiger proletarischer Aktion mitriefen.

- **Die Mörder von Celalettin Kesim in den Knast!**
- **Keine Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat!**
- **Volle staatsbürgerliche Rechte für ausländische Arbeiter!**
- **Zerschlagt das Faschistenpack durch gewerkschaftliche Mobilisierung!**
- **Die Polizei-“Gewerkschaft“, Komplize der Mörder Kesims, muß aus dem DGB gefeuert werden!**
- **Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!**
- **Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in der Türkei!**
- **Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!**

Westberlin, den 10. Januar 1980

Aber in den Händen der GIM-Führung verkommt revolutionäre Taktik gegenüber der Sozialdemokratie zum reformistischen Dauerbrenner der permanenten und folglich *politischen* Unterstützung von Scheidemännern und Noskes, mit einer Dosis „linker“ Kritik, versteht sich. „Wir wollen verhindern“, erklärt sie anläßlich der Wahlen, „daß die SPD in die Opposition gerät und dann wieder Gelegenheit bekommt, mit radikalen aber unverbindlichen Sprüchen ihre Glaubwürdigkeit bei den Arbeitern zu verbessern und neue Illusionen zu verbreiten“. Wer verbreitet hier neue Illusionen? Eine Wahlunterstützung bei den kommenden Wahlen kann nicht dazu beitragen, das Proletariat von seinen reformistischen Irreführern zu brechen. Die Regierungssozialdemokratie betreibt eine offene Repressions- und Austeritätspolitik. Entscheidend aber ist, daß die SPD sich bei allen arbeiterfeindlichen Maßnahmen mit Hinweisen auf ihren bürgerlichen Bündnispartner, die FDP, herausreden kann: Seht ihr, wir können leider nicht so, wie wir wollen. Die minimale Vorbedingung für eine kritische Wahlunterstützung besteht darin, daß die SPD in eigener Verantwortung kandidiert. Eine SPD in Koalition mit den Liberalen bedeutet, daß ihr innerer Klassenwiderspruch unterdrückt wird. Das schert die GIM natürlich wenig, begreift sie sich doch als linke Pressure Group gegenüber der SPD, ist für sie das höchste aller Gefühle doch eine , Arbeiterregierung“, bestehend aus einer purifizierten SPD-Alleinregierung oder einem reformistischen Kartell, dessen Politik den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus nicht überschreitet.

Kritische Wahlunterstützung ist für Kommunisten eine Taktik, um die SPD zu *zerschlagen* Unterstützung, „wie der Strick den Gehängten“. Mit der SPD in einer bürgerlichen Koalition, und nachdem sie jahrelang eine Hexenjagd gegen die Linke organisiert, ihre „Reform“versprechen beständig abgebaut hat, ist kritische Unterstützung nicht ein Mittel, die SPD-Basis von ihrer Führung zu brechen. Eine solche Unterstützung entlarvt eher die „Unterstützer“ als eine loyale Opposition (vielleicht einen Zeigefinger erhebend!) zum Klassenverrat der SPD.

- Keine Stimme der SPD!
- Keine Stimme ihrem reformistischen Schatten, der DKP!
- Keine Stimme den grünen Rückschrittsaposteln!

Moreno/Lambert gegen Mandel/Barnes

Manöverpolitik und faule Blöcke

Während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte ist die Anmaßung des „Vereinigten Sekretariats“ (VS), die Vierte Internationale zu sein, dessen Haupttrumpfkarte gewesen. Sogar während die sich bekämpfenden Fraktionen einander in der Öffentlichkeit mit Schimpfkanonaden bedachten, als sie in Portugal 1975 auf verschiedenen Seiten der Barrikade standen, war das VS immer noch in der Lage, subjektiv revolutionäre Militante mit seinem Anspruch anzuziehen, die von Trotzki gegründete Weltpartei der sozialistischen Revolution organisatorisch zu verkörpern. Und wehe demjenigen VS-Dissidenten, der diesen Mythos anzweifelte — immer wieder sind linke Oppositionen für solchen Frevel kurzerhand hinausgeworfen worden.

, Heute ist das VS während der letzten beiden Monate über die Nicaragua-Frage in zwei Blöcke auseinandergerissen worden —beides Zweckehen in wahrer VS-Tradition —, die beide den Titel für sich in Anspruch nehmen wollen. Was Ernest Mandel angeht, so zerschlug die Spaltung seine Träumereien von einem „vereinigten“ VS als einer internationalen Börse für die „breite extreme Linke“. Die Ausgeschlossenen und ihre neugefundenen Verbündeten betonen heute genauso aggressiv wie das VS ihren Anspruch, für „die Weltbewegung“ zu sprechen. Außerdem sind die beiden sich gegenüberstehenden Blöcke zutiefst unstabil, beide bestehen aus zentristisch daherschwatzenden Abenteurern (Mandel und Moreno) und sind mit verhärteten sozialdemokratischen, reformistischen nationalen Maschinerien (der eine mit der amerikanischen SWP und der andere mit der französischen OCI) verbunden.

Auf der Seite des VS waren auf dem kürzlich beendeten „XI. Weltkongreß“ drei Haupttendenzen vorhanden. Sie kamen am deutlichsten in ihren rivalisierenden Anträgen zur Einschätzung der gegenwärtigen sandinistisch/bürgerlichen Regierung in Nicaragua zum Ausdruck. Der rechte um Jack Barnes' SWP gruppierte Flügel pries die zur Zeit herrschende Junta in Managua als eine Arbeiter- und Bauernregierung. Um sich der FSLN anzubiedern (ausdrücklich unterstützt als „eine revolutionäre Führung“), handelt die SWP als Denunziant und politischer Berater für die sandinistische Geheimpolizei gegen angebliche „Ultralinke“ (worunter ihre ehemaligen morenistischen „Genossen“ eingeschlossen sind).

In der Mitte befand sich die Gruppe um Mandel, die in typisch zentristischer Manier erklärte, daß der Charakter des nicaraguanischen Regimes noch nicht entschieden sei. Und es gab Mandels linke Flankendeckung, ein Mischmasch, der sich im wesentlichen aus der britischen IMG, Teilen des schwedischen KAF und der Matti-Tendenz der französischen LCR zusammensetzte. Diese „loyalen Oppositionellen“ bezeichneten die sandinistische Junta als ein bürgerliches klassenkollaborationistisches Regime, aber anstatt für eine trotzkistische Partei aufzurufen, die die unabhängige proletarische Opposition in Nicaragua organisiert, akzeptierten sie die Liquidationspolitik des VS, d.h. den Entrismus in die kleinbürgerliche bonapartistische FSLN.

Auf der anderen Seite ist die neue Improvisation zwischen Pierre Lamberts französischer OCI und Nahuel Morenos Bolschewistischer Fraktion einer der wohl unnatürlicheren Blöcke in der Geschichte. Als Wyschinski während der Moskauer Prozesse gegen einen „Block der Rechten und Trotzkisten“ geiferte, war das eine stalinistische Verleumdung, aber die OCI und Moreno haben tatsächlich etwas noch Schlimmeres kreiert; Trotzki und Bucharin hatten mehr gemeinsam als dieses Gespann! Lamberts Organisation ist eine bekannte Größe unter vorgeblichen Trotzkisten in Europa: ihre sozialdemokratische stalinophobische Politik bedeutete ergebene Unterstützung für den Volksfrontkandidaten der französischen Präsidentschaftswahlen 1973, den SP-Führer Mitterand. 1975 wurde der Übergang der OCI zum Reformismus durch ihre Unterstützung für die „demokratischen“ CIA-finanzierten ' portugiesischen Sozialisten besiegelt, als letztere eine konterrevolutionäre antikommunistische Massenmobilisierung anführten.

Die Moreno-Strömung ist weit widersprüchlicher. Moreno selbst war ein Reformist in Argentinien, aber einer, der seine reformistische Basis verloren hat, nämlich die direkte Verbindung zu seiner „eigenen“ Bourgeoisie. Unfreiwillig getrennt vom nationalen Terrain des argentinischen Reformismus, mit nichts in der Hand zum Ausverkauf und keinem Perón, dem man etwas ausverkaufen könnte, entschloß sich Moreno — zur Zeit gestützt auf die kolumbianische PST — ein linkes Abenteuer in Nicaragua zu wagen. Um die Früchte seines aufgefrischten militanten Rufes ernten zu können, hat sich Moreno ein zentristisches Mäntelchen umgehängt. Seine Bolschewistische Fraktion ist auf der Grundlage einer linken Kritik an der Reaktion der Mandelianer auf den „Eurokommunismus“ und an der SWP über Portugal und Angola aufgebaut worden. Diese Positionen der BF hören sich unheimlich ähnlich an wie die der internationalen Spartacist Tendenz aber es ist ein Schwindel: Moreno ist ein vollendeter Scharlatan. Wir können es beweisen und wir haben es getan, in der Broschüre *Moreno TruthKit.*

Lange Zeit hat sich dieser argentinische politische *Bandolero* um Mandel herumgeschlichen, sich im Unterholz herumgedrückt und sich dann unter den Fittichen einer größeren Gruppierung versteckt, nur um mit ihr auf einer „linken Grundlage“ zu brechen, sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet. Zuerst befand er sich mit der SWP (1969-75) in der reformistischen, pseudo-orthodoxen „Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion“ (die im Grunde genommen eine reformistische Opposition gegen Mandels Stellvertreter-Guerillaismus war), dann auf eine mehr informelle Art und Weise in einem Block mit Mandel. Jedes Mal hat er seine Einflußsphäre ausgedehnt; zuerst auf den Rest von Lateinamerika, danach hat er einen Brückenkopf an der Südflanke Europas errichtet. In der Zwischenzeit blieb seine Politik zu Hause ultrareformistisch (schriftliche Deklarationen der Unterstützung für das peronistische Regime, die Gleichsetzung von linksgerichteten Guerillas mit faschistischen Todeskommandos usw.).

Jetzt ist Moreno mal wieder mit von der Partie, diesmal mit der OCI, und der gegenwärtige Block ist sogar weniger stabil als seine vorhergegangenen Operationen. Seine Bestandteile können sich noch nicht einmal darauf einigen, ob sie für den „Wiederaufbau“, die „Reorganisation“ oder die „Wiedervereinigung“ der Vierten Internationale sind, und Moreno hat zugegeben, daß sein „Paritätisches Komitee“ mit der OCI nichts anderes als eine defensive „Einheitsfront“ ist — aber eine, die angeblich in der Lage sein soll, „trotzkistische Parteien“ trotz der Uneinigkeit über fundamentale politische Fragen aufzubauen. Das „Paritätische Komitee“ ist lediglich ein zynischer Versuch, die Mandelianer zu übertrumpfen, indem man die „Einheits“-Karte ausspielt. Es ist daher nicht

wunderlich, daß das VS eingeladen ist, mitzumischen.

Die Auseinandersetzungen über Nicaragua haben linke Elemente im VS in Aufruhr versetzt. Viele sind in den Moreno/ OCI-Block hineingesogen worden, der in dieser Frage links von der bodenlosen Liquidation des VS steht. Besonders in Frankreich sind eine Anzahl von Linken in die vor kurzem gegründete Ligue Communiste Internationaliste (LCI) trotz ihrer zynischen OCI-loyalen Führung eingetreten. Woanders sind solche Elemente noch immer im Schlepptau des VS (England, Schweden). Sowohl in Spanien als auch in Italien gibt es relativ große abgespaltene morenistische Organisationen, aber deren politische Praxis ist als deutlich rechts entlarvt worden.

Aber beide Blöcke, sowohl VS als auch Moreno/OCI, zeigen eine plötzlich gesteigerte Verletzbarkeit gegenüber der Spartacist Tendenz. Die Reaktion bestand in einer Welle von abscheulicher Hetze, wir seien Polizeiagenten, und in Schlägerangriffen in der schlimmsten stalinistischen Tradition. Sowohl LCR als auch OCI gebrauchten kürzlich Schlägertrupps, um zu versuchen, die Ligue Trotskyste de France zum Schweigen zu bringen. Aber diese Politik ist zum Scheitern verurteilt.

Die internationale Spartacist Tendenz hat das trotzkistische Programm, mit dem sich subjektiv revolutionäre Militanten aus diesem zentristisch-reformistischen Sumpf auseinandersetzen müssen. Entgegen den Verleumdungen der LCI behaupten wir heute nicht, die Vierte Internationale zu sein. Im Gegenteil, wir erklären offen, daß die iST eine Tendenz ist, die für die Wiederschmiedung der Weltpartei des revolutionären Sozialismus kämpft. Als wichtigsten Bestandteil unseres Kampfes zum Aufbau kämpfender Propagandagruppen haben wir die Taktik der revolutionären Umgruppierung benutzt, um durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen Militante zu gewinnen, die den Weg zum authentischen Trotzkismus suchen. In der Folge der revolutionären Ereignisse in Portugal 1974—76 entwickelte die internationale Spartacist Tendenz als eine prinzipienfeste Basis für eine solche Umgruppierung einen Entwurf für eine Plattform von Trotzkisten, die aus dem VS ausgeschlossen oder hinausgetrieben wurden (siehe *Workers Vanguard* Nr. 143,4. Februar 1977). Den Kampf gegen Volksfrontpolitik, für eine leninistische Partei und für Rätemacht in Portugal in den Vordergrund stellend, beinhalteten seine neun Punkte :

Keine politische oder Wahlunterstützung für Volksfronten; für bedingte Opposition gegen Arbeiterparteien in offenen oder impliziten klassenkollaborationistischen Koalitionen;

—Haltet die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution aufrecht; für proletarische Führung des nationalen/sozialen Kampfes;

—Für militärische Unterstützung kleinbürgerlich nationalistischer Kräfte, wenn sie gegen den Imperialismus kämpfen, aber keine politische Unterstützung solcher Kräfte; für trotzkistische Parteien in jedem Land;

—Für die bedingungslose Verteidigung aller deformierten/ degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus; für politische Revolution gegen die Bürokratien; keine politische Unterstützung konkurrierender stalinistischer Cliquen und Fraktionen;

—Gegen Gewaltanwendung innerhalb der Arbeiterbewegung;

—Für kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften, basierend auf dem Übergangsprogramm;

—Für die kommunistische Taktik der Einheitsfront von oben; für die Taktik der Umgruppierung, um subjektiv revolutionäre Militanten in der Avantgardepartei zu vereinigen; für die unversöhnliche Entlarvung des Zentrismus;

—Zurückweisung der Ansprüche vorgeblich trotzkistischer Internationalen, für die Vierte Internationale, die 1951-53 vom Pabloismus zerstört wurde, zu sprechen;

—Für die Wiederschmiedung einer demokratisch-zentralistischen Vierten Internationale, die unentwegt bis zur Errichtung der proletarischen Diktatur kämpfen wird.

Heute müssen wir hinzufügen, daß dieses Programm es der iST ermöglicht hat, als *einzige* Tendenz eine revolutionäre Perspektive in Iran zu weisen. Wir forderten „Nieder mit dem Schah, nieder mit den Mullahs“, während buchstäblich die gesamte Linke Chomeini pries; es versetzte uns ebenfalls in die Lage, zum militärischen Sieg der von der FSLN geführten Aufständischen in Nicaragua aufzurufen und nicht für ein bonapartistisches Sandinista-Regime (wie Moreno es tat und SWP/VS jetzt tun), sondern für eine Arbeiter- und Bauernregierung und eine unabhängige trotzkistische Partei einzutreten. Ereignisse wie die chinesische Invasion Vietnams demonstrierten die marxistische politische Fähigkeit der Spartacist Tendenz, die vor einem Jahrzehnt die gegenwärtige anti-sowjetische imperialistische Blockbildung mit dem maoistischen China voraussagte. Unsere bescheidene aber reale Verankerung in der Arbeiterklasse befähigte uns zu exemplarischer kommunistischer Arbeit in den Gewerkschaften , wie auch kürzlich zur Durchführung einer Detroiter Demonstration von 500 schwarzen Arbeitern und Trotzkisten gegen faschistische Provokationen. Und international war die iST im letzten Jahr in der Lage, ihre erste Delegiertenkonferenz abzuhalten, die die politische Solidität und Kampffähigkeit unserer Tendenz demonstrierte.

Nein zu verrotteten Blöcken pabloistischen Verrats, nein zu personalistischen „Internationalen“ haltloser Abenteurer. Führt den Kampf zu Ende, der durch den „Brief an die Trotzkisten in aller Welt“ der damals revolutionären SWP 1953 angesagt wurde: „Die Kluft zwischen Pablos Revisionismus und dem orthodoxen Trotzkismus ist so groß, daß ein Kompromiß weder politisch noch organisatorisch möglich ist“. Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Nach Workers Vanguard Nr. 245, 7. Dezember 1979

Afghanistan . . .

Fortsetzung von Seite 16
Lebensmittellieferungen nicht als ökonomische Waffe gegen Iran zu verwenden. Aber gegen die Sowjetunion, die das amerikanische Getreide braucht, um die Fleischproduktion zu steigern und die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern, wenden die Vereinigten Staaten ernährungspolitische Erpressung an, in der Hoffnung, soziale Unzufriedenheit anzustacheln. Washington hat die Zusicherung von anderen Weizenproduzenten erhalten, nicht Kompensationslieferungen für die stornierten Exporte in die Sowjetunion zu organisieren und will Millionen Tonnen überschüssigen Getreides in „Gasohol“ umwandeln. Carter und Brzezinski haben sich entschlossen, Milliarden für ihre Botschaft auszugeben: Hungert für die Menschenrechte!

Ungeachtet der vagen Anspielungen Carters auf ein „neues München“ haben die USA nicht gewartet, bis sowjetische Truppen die Grenze überschritten oder auf dem Kabuler Flughafen landeten, um gegen die „Moskauer Aggression“ zu wettern. Mit den fadenscheinigsten Vorwänden (z. B. russische Truppen, die schon seit über 15 Jahren in Kuba sind), startete der fanatisch antirussische Pole Brzezinski seinen eigenen Jihad gegen die UdSSR, einen heiligen Krieg, der den Segen des polnischen Papstes im Vatikan, „Johannes Paul“ Wojtyla, hat. Seit der Zeit, als ihm jemand sagte, daß die Russen Kommunisten seien, ist „Zbig“ antikommunistisch gewesen, gleichzeitig aber gewillt, sich alles Antisowjetische zunutze zu machen, das „kommunistische“ China eingeschlossen.

Deshalb wurde Verteidigungsminister Brown Anfang Januar nach Peking beordert, um das antisowjetische Bündnis zwischen den USA und China zu vertiefen, das sich bereits schon zweimal militärisch bewährt hat: anläßlich der südafrikanischen Invasion Angolas und anläßlich der chinesischen Invasion Vietnams. Jetzt möchte das Pentagon, daß die Volksbefreiungsarmee die reaktionären afghanischen Rebellen über ihren gemeinsamen militärischen Klienten Pakistan mit Waffen beliefert. Mit beispiellos offener Kriegslüsternheit forderte Brown auf einem Staatsbankett Peking auf, sich dem amerikanischen Imperialismus anzuschließen, „mit ergänzenden Aktionen auf dem Gebiet der Verteidigung als auch der Diplomatie“. Jetzt sind fast alle Karten auf dem Tisch.

Sowohl Ägyptens Sadat als auch Israels Begin haben den USA Militärbasen angeboten, um ja nicht den großen Zug der antisowjetischen Einheitsfront zu verpassen. Bevor es zu spät ist, schickt Israel vielleicht noch Rabbis (natürlich nur orthodoxe) als Militärkaplane zu den antirussischen moslemischen Kräften. Carter versucht, die moslemische Welt in seinen Kreuzzug hineinzuziehen, insbesondere Ajatollah Chomeinis persische Theokratie; deshalb beendete er seine Fernsehansprache nicht mit dem üblichen Appell an die „freie Welt“, sondern mit der Verurteilung des Versuchs „einer mächtigen atheistischen Regierung, ein unabhängiges islamisches Volk zu unterjochen“ *(New York Times,* 5. Januar).

Genauso lautete Brzezinskis Botschaft, als er am 30. Dezember in der Sendung „Issues and Answers“ der Fernsehgesellschaft ABC sagte: „Ich glaube, jeder vernünftige Iraner, und sei er noch so antiamerikanisch, sollte sich fragen, welche Tragweite die Ereignisse in Kabul für Teheran haben.“ Aber der Appell trifft auf taube Ohren, und ironischerweise war es gerade Brzezinskis Versuch, sich Chomeinis Ministerpräsidenten Bazargan willfährig zu machen, der zu der Botschaftsbesetzung führte und die Pläne der USA vereitelte. Angesichts Carters Protektion des Schah und seiner



„Gottlose Kommunisten“ vor den Gewehrläufen reaktionärer afghanischer Moslembrüder

militärischen Machtdemonstration gegen Iran ist Washingtons Aufruf an Chomeinis Regime zu einer gemeinsamen Front gegen den „gottlosen Kommunismus“ zum Scheitern verurteilt.

SALT auf Eis

Anders als der zähnefletschende polnische Revanchist Brzezinski (und der neue polnische Papst) ist Präsident Carter ein zynischer bürgerlicher Politiker im borniertesten Sinne: während er seiner Klasse dient, versucht er ohne in Gelächter auszubrechen das zu sagen, was ihm zur Wiederwahl verhelfen soll. Im Dezember kandidierte er zur Wiederwahl gegen den Ajatollah und dessen angeblichen Verbündeten Edward Kennedy und für den christlichen Gott. Im Januar kandidiert Carter gegen Breschnew und für Gott. Eine Menge Leute werden denken, besonders nach dem *Playboy*-Interview, daß er die Sache mit Gott schon lange überstrapaziert hat.

Die Regierung versucht, das zeitweilige Klima der „nationalen Einheit“, das in den USA durch die Geiselnahme in der Teheraner Botschaft entstanden ist, auszunutzen, um die amerikanische Kriegsmaschinerie massiv anzuheizen. Bald wird es im Westen der USA ein riesiges unheimliches U-Bahnsystem geben, so groß wie ein kleiner Staat, um mobile MX-Raketen zu verschieben. Carter forderte, daß die NATO einschließlich Westdeutschlands die Stationierung von 572 Nuklearraketen in Westeuropa akzeptiert, die gegen die UdSSR gerichtet sind. Und er schloß mit den „Falken“ im Kongreß einen „Kompromiß“, die fünf Prozent Steigerung (inflationsbereinigt) des Pentagonbudgets forderten sie einigten sich auf 4,5 Prozent — noch zusätzlich zur 20 Milliarden Dollar Steigerung im nächsten Finanzjahr.

Jede Eskalation in der amerikanischen Bewaffnung wurde ' verkauft als eine Beschwichtigung der Gegner von SALT. Natürlich bedeuten die Verträge zur Begrenzung „strategischer“ Waffen Milliarden für mehr Nuklearraketen, Bomber, Schiffe usw. Und diese Waffen werden nicht gebaut, um die Geiseln zu befreien, die von islamischen „Carter ist ein Hund“ rufenden „Studenten“ gefangen gehalten werden. Sie sind auf die UdSSR gerichtet. Angesichts der Operation der sowjetischen Armee in Afghanistan ist das ganze Geschwätz über „Detente“, SALT usw. womit die Imperialisten versuchen, über die Entwaffnung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates zu ver handeln, eingestellt worden.

Diese konterrevolutionäre diplomatische Farce wäre natürlich niemals so weit gediehen, hätte die klassenkollaborationistische pazifistische Kremlbürokratie nicht die Illusionen in die „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Aber genauso wie die ungeschickte Hartnäckigkeit von Unternehmern manchmal sogar konservative Gewerkschaftsbürokraten dazu bringt, zum Streik aufzurufen, so hatten auch die siebzigjährigen stalinistischen Führer in Moskau die Schnauze voll und taten das Naheliegende. In der Erkenntnis, daß Afghanistan keine stra. tegische Bedeutung für die USA besitzt (was amerikanische Analytiker schon seit langem zugegeben hatten), nutzten die Sowjets die Gelegenheit, um die weltlichen Linksnationalisten in Kabul zu stützen und dabei gleichzeitig ihre Verteidigungsvorpostenlinie um mehrere hundert Kilometer entlang der östlichen Flanke Irans zu erweitern. Was SALT angeht, so war es offenkundig gestorben, nur der machtlose und frustrierte Jimmy Carter konnte dessen „Rücknahme“ von den Senatsberatungen als eine „Warnung“ an Moskau begreifen.

Afghanistan und die Sowjetunion

Der US-Imperialismus hat versucht, die sowjetische militärische Operation in Afghanistan mit den Invasionen in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 gleichzusetzen, In Ungarn unterdrückte der Kreml eine politische Revolution der Arbeiterklasse. In der Tschechoslowakei setzte er einen bürokratischen Würgegriff an und verhinderte eine mögliche revolutionäre Gärung. Beide Invasionen waren weder im Interesse der internationalen Arbeiterklasse noch der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution dienlich. Afghanistan ist etwas völlig Anderes.

Beherrscht von einer parasitären stalinistischen Bürokratie, die den sowjetischen Arbeitern die politische Macht entrissen hat, ist das Leben von Rotarmisten oft für konterrevolutionäre Zwecke vergeudet worden: vom chinesisch-sowjetischen Grenzkrieg bis zur Unterstützung des blutbefleckten, Völkermord betreibenden bonapartistischen Derg in Äthiopien. Aber die Rote Armee in Afghanistan, die russische Unterstützung der heroischen Vietnamesen und die von den Sowjets gedeckte kubanische Verteidigung Angolas gegen die von den USA angestiftete südafrikanische Invasion 1975/76 sind drei Beispiele seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wo russische Militäraktionen eindeutig der Befreiung der Unterdrückten und der Verteidigung des sowjetischen Staates gegen den Imperialismus gedient haben.

Afghanistan und die Sowjetunion haben eine gemeinsame Grenze von über 1600 Kilometern. Wie die meisten rückständigen Regionen ist Afghanistan ein Gemisch von Völkern, von denen keines es geschafft hat, eine moderne Nation herauszubilden und viele davon reichen in die Sowjetunion oder andere Nachbarländer hinein. Von einer geschätzten Bevölkerung von 17 Millionen sind über 250 000 Mullahs eine gewaltige Belastung für den mageren sozialen Überschuß dieses kargen Landes. Etwa siebzig Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, aber zwei Fünftel davon sind ohne Landbesitz. Während 15 Prozent in der Stadt leben, gibt es nur zwei Fabriken im ganzen Land.

Die enorme Last der islamischen Priesterkaste in Afghanistan ist wie in Iran in barbarischen sozialen Institutionen verwurzelt, die wiederum durch extreme ökonomische Rückständigkeit bedingt sind. Marxisten heben hervor, daß der soziale Fortschritt an der Stellung der Frau gemessen werden kann. Und was die afghanischen Mullahs wirklich in die Opposition getrieben hat, war der Versuch des Regimes in Kabul, den Brautpreis zu beschränken (noch nicht mal zu verbieten). Seit Jahrhunderten sind die Frauen wie ein Stück Vieh verkauft worden. Für die meisten Männer bedeutete der Brautpreis die Ausgabe von lebenslangen Ersparnissen oder eine lebenslange Schuld an Geld Verleiher, die Wucherzinsen kassierten und den Mullahs ihren Anteil als Spenden abgaben. Für mittellose Männer bedeutete kein Geld, kein Sex — nicht mit Frauen jedenfalls. Heute erzählt der Klerus den jungen Dorfbewohnern, sie sollen sich eine Flinte kaufen und die „Kaffir“ (Ungläubigen) Regierung bekämpfen. Wenn du dir sowohl keine Flinte als auch keine Frau leisten kannst — dann hast du Pech gehabt.

Offensichtlich gab es im Rahmen Afghanistans allein keine Lösung für die nationale und soziale Unterdrückung. Diese Fragen sind sowohl historisch als auch sozial eng verknüpft mit dem Schicksal der russischen Revolution. Die Ausdehnung der Oktoberrevolution auf Afghanistan wurde 1921 nur durch die Anwesenheit des britischen Imperialismus in Indien verhindert. Und man braucht sich nur die Errungenschaften für die Frauen im sowjetischen Osten anzusehen, um zu verstehen, was die proletarische Befreiung dieser vorkapitalistischen Gebiete ausmachte. Die Oktoberrevolution deklarierte die völlige Gleichberechtigung der Frau und die bolschewistischen Kader kämpften in den asiatischen Regionen, dem Machtbereich der Mullahs, oft auf Kosten ihres eigenen Lebens, für die Loslösung der Frau aus der ihr aufgezwungenen Absonderung. Obwohl diese Arbeit durch die politische Konterrevolution der Stalinisten Schaden erlitt, genießen die Frauen in den moslemischen Gebieten der UdSSR nichtsdestoweniger weitaus mehr soziale Errungenschaften und wirkliche Gleichberechtigung als in *irgendeinem* bürgerlichen islamischen Staat.

Obwohl die stalinistische Bürokratie von großrussischem Chauvinismus durchdrungen ist, wird ihr Verhalten durch die Tatsache beeinflußt, daß die Russen ein Minderheitsvolk innerhalb des sowjetischen Staates sind, wenn auch die vorherrschende Minderheit. Um die Völker mit den verschiedensten nationalen und ethnischen Hintergründen, die die Sowjetunion bilden, zu integrieren, hält die Bürokratie einen Teil des demokratischen Erbes in der nationalen Frage aufrecht. Im Gegensatz dazu kann die chinesische Bürokratie zu einer Politik der rücksichtslosen Sinifizierung greifen und tut es auch. Der Unterschied zwischen China und der UdSSR tritt am deutlichsten in ihren aneinanderstoßenden Grenzgebieten zu tage. Die Mongolen in der Äußeren Mongolei (einem sowjetischen Satelliten) z. B. erleiden nicht annähernd die nationale Unterdrückung, wie die Mongolen, die in Chinas Innerer Mongolei leben. Durch die „Kulturrevolution“ wurde auch der Schein regionaler Autonomie beseitigt. Schätzungsweise 200 000 den Turkvölkern angehörende Bewohner aus Sinkiang sind seit 1961 in die UdSSR geflohen, um dem unterdrückenden Chauvinismus der Han-Chinesen zu entkommen.

Das sowjetische Regime ist besonders sensibel in bezug auf seine moslemischen Grenzgebiete. Dort hat es oftmals die größten Anstrengungen gemacht, lokale und regionale Autonomie zu gewähren, um die Loyalität von Völkern aufrechtzuerhalten, die mit dem Rest von Zentralasien verbunden sind. Moslemische Völker zählen 50 Millionen in der Sowjetunion und sie dominieren in sechs von 16 Republiken der UdSSR. Bemerkenswert ist, daß viele der Soldaten der sowjetischen Armeeinheiten in Afghanistan aus Usbeken und Tadschiken rekrutiert worden sind. Und wenn das „strikt unabhängige Afghanistan“ solch eine horrende nationale Unterdrückung durch die Sowjets erleiden soll, warum kann Moskau dann überhaupt ohne Furcht Truppen moslemischer Herkunft



Landverteilung an besitzlose afghanische Tagelöhner. Die bescheidene Landreform auf Kosten der Mullahs und Khane, die Reduzierung des Brautpreises und die Alphabetisierungskampagne sind in den Augen der islamischen Reaktion die Hauptsünden des Kabuler Regimes.

einsetzen? Ganz offensichtlich deshalb, weil diese wissen, daß sie besser dran sind als sie es unter den afghanischen Mullahs oder Chomeini wären. Nach Berichten war ein Grund, warum die sowjetische Armee wirklich massiv Truppen in Afghanistan einsetzte, der Eindruck gewesen, daß das Kabuler Regime zu leichtfertig und ohne Gespür daran ging, in rückständigen Gebieten mit diversen Völkerschaften Reformen durchzuführen und eine zentralisierte Staatsgewalt aufzubauen, wodurch der reaktionäre islamische Aufstand noch mehr angeheizt wurde.

„Armes kleines unabhängiges Afghanistan"?

Angesichts Pekings krimineller Unterstützung der afghanischen Reaktionäre war es zu erwarten, daß ihre loyalen Gefolgsleute nicht aus der Reihe tanzen. Wenn sie die von CIA, Südafrika und China gestützten Nationalisten in Angola unterstützt haben, sollte die Hochjubelung dieser feudalen Reaktionäre nur mehr ein Pawlowscher Reflex sein. Und in der Tat stilisieren die Maoisten etwa des KBW die Mullahs und Khane als „nationale Befreiungskämpfer" hoch. Wenn diese Presseagenten für die Moslem-Reaktion wirklich Pekings Linie durchführen wollen, sollten sie vielleicht überlegen, eine Brigade zu bilden, nach Afghanistan zu gehen und mit den islamischen Reaktionären zu kämpfen. Vielleicht wählt sogar Carter die Reise, aber sie brauchen wahrscheinlich nur Hinreisetickets, denn wenn die sowjetische Armee ihnen nicht das gibt, was sie verdienen, werden das die fanatischen antikommunistischen Stammesbanden erledigen. Man erinnere sich nur an die Berichte über die 30 russischen Touristen, die von einer Bande von Mojahedeen (Heiligen Kriegern) niedergemetzelt wurden, und an das Massaker an 25 sowjetischen Militäroffizieren durch meuternde Truppen letzten Februar — einige lebendig enthäutet, andere kastriert und gevierteilt.

Unglaublicherweise hat eine vorgeblich trotzkistische Gruppe dieselbe Position eingenommen wie Brzezinski, Papst Wojtyla und die Pekinger Bürokratie. Und sie ist nicht — wie man vielleicht hätte erwarten können, — die elende reformistische amerikanische Socialist Workers Party (SWP), die jeden Angriff auf Chomeinis bigotte Theokratie als „rassistisch" und „proimperialistisch" betrachtet. Es war die britische International Marxist Group (IMG — wie die SWP Schwesterorganisation der GIM), die in ihrer Zeitung *Socialist Challenge* vom 3. Januar auf der Rückseite einen Artikel druckte mit der Forderung als Überschrift: „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!" Der Autor ist der IMG-Führer Tariq Ali, führender pakistanischer Sprecher des pseudotrotzkistischen internationalen verrotteten Blocks des Vereinigten Sekretariats (VS).

Tariq Ali schreibt:

> „Die Entscheidung der Sowjetunion, Truppen zu schicken, um Hafizullah Amin, Generalsekretär der Volksdemokratischen Partei von Afghanistan, zu entfernen, ihn durch Babrak Karmal zu ersetzen und Teile des Landes zu besetzen, muß in jedem Punkt verurteilt werden. Sie mißachtet die Rechte der Völker von Afghanistan, ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Sie trampelt auf den Rechten der DVPA herum, so begrenzt diese auch waren, ihre eigenen Führer zu wählen, und sie wird den reaktionärsten und rückwärtsgerichteten Kräften in Afghanistan helfen."

Tariq Ali übersieht die Tatsache, daß jeder DVPA-Führer, einschließlich Amin, sowjetische Militärhilfe angefordert hat. Die Nationalisten hatten versucht, die Macht mit einer Armee und einem Offizierskorps zu konsolidieren, das von der Daoud-Diktatur und der Monarchie aufgebaut worden war. Da aber die Ausrüstung und die Ausbildung aus der Sowjetunion kam, hatte die Armee eine gewisse Radikalisierung mitgemacht (im Verhältnis zum Rest der afghanischen Gesellschaft) und war nicht ohne prosowjetische Sympathien. Dies erleichterte die fast unblutige von der DVPA geführte „Revolution" vom April 1978, die von der afghanischen Armee gestützt wurde. Aber als das linksnationalistische Regime der DVPA in Kabul in der Bekämpfung eines langwierigen Stammesaufstandes nicht vorwärts kam, begann die Armee zu desintegrieren. Größere Teile gingen zu den islamischen Aufständischen über und nahmen ihre sowjetischen Waffen mit.

Anders als im britischen Parlament, das offensichtlich Tariq Alis Bezugsrahmen darstellt, geht in einigen Ländern die Politik ein bißchen direkter vor sich. Regime werden oft durch denjenigen gemacht bzw. entmachtet, der am Präsidentenpalast mit mehr Panzern erscheint, oder noch einfacher, der schneller den Revolver zieht. So erging es dem kürzlich erledigten Präsidenten von Südkorea. Oberst Mengistu in Äthiopien, ein Held von Tariq Alis amerikanischen Genossen der SWP, wurde dadurch „gewählt", indem er auf dem Weg zu der Tür der Gemächer des Derg über die Leichen stieg. So ähnlich wurde Amin Präsident, indem er den früheren Präsidenten Nur Mohammad Taraki, den Führer der ‚April (1978)

Revolution“ und den historischen kommunistischen Führer seines Volkes (gleich einem Tito, Ho Tschi Minh oder Sen Katayama) tötete. Wenn das ein Beispiel für das Recht der DVPA ist, ihre Führer zu wählen, so ist dieses sicherlich „begrenzt“. Und jetzt ist Karmal durch die sowjetischen Kräfte eingesetzt worden, die früher Amin und Taraki unterstützt hatten.

Die impressionistischen Zentristen sind besonders sensibel für die kleinbürgerlich radikale öffentliche Meinung, besonders in „Little England“. Und wenn die Tory-Premierministerin Margaret Thatcher bestimmt, daß das Königreich über Vorkommnisse in Britanniens früherem Einflußgebiet „besorgt“ ist, erreicht diese Besorgnis über eine wundersame Osmose die Redaktionsräume der IMG. In den USA erweckt Afghanistan keine besonderen Emotionen, aber für Britannien bedeutet es Erinnerungen an das Empire, den Khyber Pass, das Tor Rußlands zum indischen Subkontinent. Die historische Rivalität zwischen den Briten und den zaristischen Russen über Afghanistan nannte Kipling das „Große Spiel“.

Verteidigt die Sowjetunion!

Vom militärischen Standpunkt aus mag die sowjetische Intervention vernünftig oder nicht vernünftig gewesen sein, dennoch ist es völlig gerecht, die vom Imperialismus gestützten islamischen reaktionären Aufständischen zu bekämpfen. Es kann keine Frage sein, Revolutionäre stehen in diesem Konflikt auf der Seite der Roten Armee. Obwohl es militärisch sicherlich unangebracht wäre, müßte der natürliche Impuls von jungen Linken in der ganzen Welt eigentlich der enthusiastische Wunsch sein, in eine internationale Brigade nach Afghanistan einzutreten, um die mit der CIA verbundenen Mullahs zu bekämpfen. Die meisten der vorgeblichen Linken können das nicht verstehen — genauso wie sie nicht verstehen können, daß Arbeiter anfangen, besonders unterdrückende Bosse ‚Ajatollahs“ zu nennen weil sie die entsprechende Bewegung nebenan in Iran unterstützen, Chomeinis „islamische Revolution“.

Die Reaktion der IMG auf die Truppen der Roten Armee in Afghanistan erinnert an die Reaktion der kleinbürgerlichen Opposition von Burnham/Shachtman in der trotzkistischen amerikanischen SWP am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, die die sowjetische Invasion von Baron Mannerheims Finnland nach dem Hitler-Stalin-Pakt verurteilte. Kein Wunder, steuert sie doch geradewegs auf die „staatskapitalistischen“ Anhänger von Tony Cliffs britischer SWP zu. Sie bereiten den Weg dorthin sicherlich gründlich vor, sich zweifellos daran erinnernd, daß Cliff seinen eigenen definitiven Bruch mit dem Trotzkismus durch seine Opposition zur stalinistischen „Invasion“ des „armen kleinen Koreas“ vollzog.

Die GIM, die in *Iran* die Mullahs als „Antiimperialisten“ unterstützte, verurteilt in Afghanistan die gleichen Kräfte als reaktionär. Angesichts der imperialistischen Hetze gegen die Sowjetunion sieht sie sich gezwungen, ein Lippenbekenntnis zur Verteidigung der UdSSR abzugeben. Gleichzeitig fordert sie den Kreml auf, „Bedingungen zu schaffen, die so möglichst bald einen Abzug der sowjetischen Truppen erlauben, ohne dadurch dem Imperialismus den Vormarsch zu ermöglichen“ (*was tun* Nr. 283, 24. Januar). In klassisch zentristischer Manier versucht sie, in dem Konflikt zwischen US-Imperialismus und dem Arbeiterstaat UdSSR ja nicht definitiv Stellung zu nehmen. Lediglich böse Worte über den US-Imperialismus zu verlieren (was Chomeini auch tut), ohne offen für den Sieg der Roten Armee gegen die islamische Reaktion einzutreten und die *bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion* als Gebot der Stunde in den Vordergrund zu stellen, bedeutet, in kleinbürgerliche pazifistische Friedensduselei zu verfallen: „Ja keinen Krieg!“.

In *Struggle for a Proletarian Party* (1940), einer Sammlung von Schriften gegen die Shachtman-Opposition, bemerkt der amerikanische trotzkistische Führer James P. Cannon höhnisch:

> „Die Führer der Opposition haben Jahr für Jahr in unzähligen Artikeln, Dokumenten, Thesen und Reden versprochen und sogar angedroht, die Sowjetunion zu verteidigen 'In der Stunde der Gefahr werden wir auf unserem Posten sein!' — aber als die Stunde näher kam, als die Sowjetunion bereits anfing, diese Verteidigung zu benötigen, haben sie sich um ihr Versprechen gedrückt.“

Durch unsere bedingungslose militärische Unterstützung für die sowjetische Armee und die afghanischen DVPA-Truppen setzten wir in keiner Weise politisches Vertrauen in die Kremlbürokratie oder die Linksnationalisten in Kabul. Während die Moskauer Stalinisten anscheinend gegenwärtig das DVPA-Regime stützen wollen und die Geschwindigkeit von demokratischen und modernisierenden Reformen eher beschränken, eröffnet die verlängerte Anwesenheit der sowjetischen Armee in Afghanistan viel weitreichendere Möglichkeiten. In seiner Rede zur nationalen und kolonialen Frage auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 sah Lenin voraus, „daß die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittensten Länder zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“.

Für die Ausdehnung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!

Heute würde dabei im schlechtesten Falle ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat herauskommen. Nur eine proletarische politische Revolution kann wirklich die internationalistische und revolutionäre Mission der Roten Armee und des sowjetischen Staats wiederherstellen. Und nur trotzkistische Parteien, bewaffnet mit dem Programm der permanenten Revolution, können die kolonialen Massen zu völliger Emanzipation führen. Nur der Sturz der imperialistischen Mächte durch ihre Arbeiterklasse kann die Basis legen für die sozialistische Weltordnung, die so tief unterdrückte und rückständige Regionen wie Afghanistan aus ihrer Armut, Isolation und Obskurantismus befreien kann und die genuine soziale Gleichheit aller Völker herbeiführt. Doch die Befreiung der afghanischen Massen hat begonnen!

Nach Workers Vanguard Nr. 247,11. Januar

Kommunistische Korrespondenz





Sowjettruppen gegen afghanische Mullahs:

Sieg der Roten Armee!

Der Aufmarsch von tausenden sowjetischen Truppen in Afghanistan ist eine weitere schmerzhafte Demütigung für den amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten. Die Carter-Administration mußte zusehen, wie 25 Jahre US-Außenpolitik in dieser Region zunichte gemacht wurden, als die Moslems ihre vorher anscheinend omnipotente Teheraner Botschaft im November besetzten und deren Personal als Geiseln nahmen. Das sowjetische Oberkommando verfolgte, wie Chomeinis Iran in ein fast völliges Chaos versank, wie US-Flugzeugträger im Persischen Golf zusammengezogen wurden, wie das mit den Sowjets verbündete Regime in Kabul von einem reaktionären Jihad (heiligen Krieg) bedroht wurde. Als die Kreml-Bürokraten bemerkten, daß Washington gegenüber Chomeini in einer Sackgasse steckte, nutzten sie die Gelegenheit, um den Aufstand der Mullahs und Khane (Religions- und Stammesführer) niederzuschlagen.

Die antisowjetische Weltmeinung — vom Weißen Haus bis zur chinesischen Großen Halle des Volkes, von den „blockfreien" Neokolonien wie Sambia bis zu den spanischen und italienischen Kommunistischen Parteien — hetzte gegen „sowjetischen Expansionismus", der „auf der nationalen Souveränität und Integrität von Afghanistan herumtrampelt". Die imperialistischen Medien ließen alle Hemmungen fallen, um Sympathie zu wecken für die „Freiheitskämpfer", die moderne Panzer und Flugzeuge mit Stöcken, Steinen und „Allah akbar"-Rufen bekämpfen. Aber in der militärischen Konfrontation zwischen sowjetischen Soldaten, die die nationalistische Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) stützen, und feudalen bis vorfeudalen vom Imperialismus unterstützten Kräften, stehen Marxisten auf der Seite der russischen Panzer. Hoch lebe die Rote Armee!

Der Vorwand von sowjetischen Truppen in Afghanistan wurde von Präsident Carter und seinem nationalen Sicherheitsberater, „Dr. Seltsam" Zbigniew Brzezinski ausgenutzt, um die Kalte Kriegsrhetorik ihrer „Menschenrechtskampagne" in die Praxis umzusetzen. Am 4. Januar verkündete Carter in einer landesweit ausgestrahlten Fernsehrede, daß sich die USA in einen Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR begeben: 17 Millionen Tonnen Weizen, bereits von der Sowjetunion bestellt, werden nicht verschifft; Verkäufe von hochmodernen technologischen Produkten wie Computern und Ölbohrungsausrüstungen wurden gestoppt; vier Kutter der Küstenwache wurden nach Alaska geschickt, um die Fische vor russischen Aggressionen zu schützen; die geplanten Eröffnungen von Konsulaten wurden gestoppt, ebenso wie jeglicher neue kulturelle und ökonomische Austausch.

Anläßlich der Teheraner Botschaftskrise versprach Carter,

Fortgesetzt auf Seite 12